

HEUTE

Egon Bahr exklusiv für ND: Wie weiter im Einigungsprozeß?
Seite 2

Dispute im Reichstag über Eigenständigkeit der DDR-Sender
Seite 4

Eine Flut westlicher Waren - und wie handelt der Handel?
Seite 5

STANDPUNKT

Der Hundertste

Der erste Mai. Es liegt etwas so Fröhlich-Erquickliches in dem Worte, und wir denken dabei sogleich an tausenderlei Angenehmes und Schönes...

Als Charles Dickens dies notierte, existierte der 1. Mai als Feiertag noch nicht. Aber es gab eben die uralte Vision vom maitlichen Erwachen, die Assoziation zu Leben und Befreiung. Eine menschliche Ahnung, die sich mit der proletarischen Hoffnung auf eine Gemeinschaft freier und gleicher Menschen traf.

Seit dem ersten 1. Mai vor 100 Jahren ist der Tag auf sehr unterschiedliche Weise begangen worden. Mag bei Maifeiern auch manch Fröhlich-Erquickliches passiert sein, realpolitisch wurde der Tag zur Inkarnation von Klassenkampf und Parteigezänk. In der DDR erstarrte er in den letzten Jahren mehr und mehr zu einem als Massenfest inszenierten Pflichtritual und zu einer Übung in Selbstbeweihräucherung.

Vom „Kampfmat“ dieser Couleure haben wir uns verabschiedet. Doch muß auf das Ende des „real existierenden Sozialismus“ auch das Aus für den 1. Mai folgen? Keineswegs, denke ich. Dazu sind seine Wurzeln viel zu menschlich, ist seine „gute Geschichte“ viel zu lebendig, liegt in unserer Zeit viel zuviel soziale Ungezügtheit.

Eine Mai-Renaissance kündigt sich an. Berliner FDGB-Mitglieder wollen vom Lustgarten zur Kundgebung am Platz der Republik, also von Ost nach West, marschieren; der noch offene Staatsvertrag dürfte genug Stoff für die Spruchbänder liefern. SPD schlägt, anknüpfend an alte Arbeitertraditionen, die „Mai-Spaziergänge“ vor. PDS-Berlin wiederum läßt zum Maifeiertag ein Jazz- und Politik-Talkshow. Ein Spektrum von Weiß über Grün bis Rosa und Rot.

Gewinnen wir also dem 100. bei aller Ernsthaftigkeit in Dickens' Sinne auch Fröhlich-Erquickliches ab. Und vor allem machen wir uns durch die freie Entscheidung, wie wir diesen Tag verbringen wollen, weiter ehrlich vor uns selbst.
MICHAEL MÜLLER

Einheit ohne Vertragsbruch

Torgau (ADN). Für ein neues Sicherheitskonzept in Europa plädierte der Abrüstungsexperte der West-SPD Egon Bahr. Auf einer politischen Talkshow in Torgau, wo am Wochenende zahlreiche Begegnungen an das historische Treffen zwischen amerikanischen und sowjetischen Truppen im April 1945 erinnerten, unterstrich Bahr Chancen und Risiken des deutschen Vereinigungsprozesses. Die deutsche Einheit dürfe nicht mit einem Vertragsbruch beginnen, verlangte das SPD-Präsidiumsmittglied, daher müssen eingegangene Bündnisverpflichtungen zunächst auch weiterhin gelten. Für seinen Wunsch, daß sich die Bundeswehr den Abrüstungsschritten der NVA nun endlich anschließe, erhielt er starken Beifall.

Anmaßungen der Vertriebenen

Bonn (ADN/ND). Als „Super Versailles“ steht die Oder-Neiße-Grenze für die Vertriebenen in der Bundesrepublik nach wie vor zur Disposition. Auf einer Kundgebung lehnte der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen (BdV), Hartmut Koschyk, am Sonntag in Bonn ein „Grenz-diktat, das den Polen alles und Deutschland nichts gibt“, entschieden ab. Mit einer Anerkennung der polnischen Westgrenze würden „polnische Maximalansprüche zum Maßstab deutscher Politik“.

Als Koschyk auf die Vertriebenen-Aktion zur Volksbefragung über die Zukunft der früheren deutschen Ostgebiete in Polen einging, kam es zu Tumulten. Er mußte seine Rede vorzeitig beenden.

Lothar de Maizière nach seinen Gesprächen mit Michail Gorbatschow in Moskau: „Ich reise mit einem guten Gefühl nach Hause“

Uneinig über NATO-Mitgliedschaft

Von unserem Korrespondenten KLAUS JOACHIM HERRMANN

Moskau. „Ich reise mit einem guten Gefühl nach Hause“, resümierte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière am Sonntagabend vor der internationalen Presse in Moskau die Ergebnisse seines Arbeitsbesuches von knapp 24 Stunden. Dabei hatte er vornehmlich sein zweistündiges 4-Augen-Gespräch mit Präsident Michail Gorbatschow, die sich verlängernde Begegnung mit Premier Ryshkow, aber auch die Verhandlungsrunden der Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftsminister beider Staaten im Blick. Der Besuch sei „gut und nützlich“ gewesen, der Prozeß der deutschen Vereinigung eher leichter als schwerer geworden.

Einig war man sich, daß das bisherige Sicherheitsverständnis, ausgehend von der Blockkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Vertrag, nicht mehr den Realitäten entspricht. Differenzen gab es allerdings in der Frage der NATO-Zugehörigkeit eines künftigen Deutschlands. Der DDR-Premier stellte ausgehend von der Koalitionsvereinbarung klar, daß die heutige DDR bei der vorhandenen NATO-Doktrin und -Strategie nicht in die NATO gehen wird, man aber deren Veränderung anstrebe. Da müsse auch mit den BRD- und NATO-Partnern das Gespräch geführt werden.

DDR-Premier auf dem Rückflug gegenüber ND:

Wachsende Wirtschaftsbeziehungen sind Chance für Sozialpolitik in unserem Land

Vor der Reise hatte es geheissen, Sie würden mit „wichtigen Botschaften“ nach Moskau fliegen. Welche waren das eigentlich?

Als erstes haben wir unseren sowjetischen Partnern deutlich machen können, daß wir loyale Vertragspartner sind, daß für uns gilt: Pacta sunt servanda. Außerdem haben wir verdeutlicht, daß uns auch im eigenen Interesse an einer Fortsetzung und Stabilisierung der wirtschaftlichen Verbindungen gelegen ist. Und wir haben dies auch deutlich gemacht, indem wir - ohne daß dies vorher in Gesprächen angedacht war - ein Zusatzprotokoll über Warenlieferungen der DDR an die Sowjetunion noch 1990 überreichten. Es sieht Lieferungen in besonders brisanten Bereichen für die Sowjetunion in einem Wertumfang von einer Viertelmilliarde Rubel vor. Das bezieht sich auf Waren der Nahrungsgüterindustrie, Fleisch- und Wurstwaren, aber auch auf Erzeugnisse der Textilindustrie, auf Gewerbegüter, Rechentechnik, PKW - also auf eine ganze Reihe von Produkten, in denen in den vergangenen Jahren die DDR bei der Importstatistik an erster Stelle in der Sowjetunion stand.

Wir haben angeboten, diese zusätzlichen Leistungen nicht in

werden. Bezüglich seiner Unterredung mit Gorbatschow über das Thema sagte er, „da war heute ein Dissens erkennbar, daran müssen wir noch arbeiten“.

Gorbatschow betonte, daß „ein vereinigt Deutschland als NATO-Mitglied für die Sowjetunion nicht akzeptabel ist, und andere Kompromiß-Lösungen gefunden werden müßten.“ Laut TASS habe der sowjetische Staatschef von „einseitigen, nicht ausgewogenen Vorschlägen hinsichtlich der NATO-Zugehörigkeit des künftigen deutschen Staates“ gesprochen. Dagegen sei die ablehnende Haltung Moskaus zu dieser Idee von der „ernsthafte Sorge um die Perspektiven Europas“ diktiert.

Der Bestimmung des internationalen Rechtsstatus eines vereinten Deutschlands würde „ein Friedensvertrag oder ein adäquater Akt über eine endgültige Friedensregelung“ dienen, zitiert TASS Gorbatschow. Die Sowjetunion habe ein Recht, sich daran zu beteiligen.

Als Schwerpunkte aller Gespräche einschließlich seines mit Michail Gorbatschow nannte Lothar de Maizière die Fragen der weiteren Entwicklung in Europa unter dem Aspekt der Veränderung in Osteuropa, die Stabilisierung und Weiterentwicklung

das finanzielle Ausgleichsprogramm 1990 einzubeziehen, sondern längerfristige Stundungsmöglichkeiten zu finden.

Gleichzeitig haben wir allerdings eine Liste von Waren und Leistungen überreicht, die für uns von besonderem Interesse sind, denn wir müssen natürlich unterm Strich für einen bestimmten Ausgleich sorgen. Dieses zusätzliche Angebot ist, glaube ich, außerordentlich positiv aufgenommen worden.

Bezieht sich das auch auf den Angebots-Umfang?

Ja, der hat sicherlich Erstaunen erregt. Wir denken, daß bereits in den nächsten 14 Tagen dazu abschließende Vereinbarungen zustande kommen. Wir haben den sowjetischen Partnern gesagt, daß wir die gewachsenen Wirtschaftsbeziehungen - das ist auch objektiv so - nicht etwa als abzubauende Größe betrachten, sondern sie als eine besondere Chance für die Sozialpolitik in unserem Lande für die nächsten Jahre sehen. Und wir werden ab 1. 1. 1991 auf Weltmarktpreisbasis und konvertierbarer Währung miteinander handeln.

Haben Sie neue Erkenntnisse aus Moskau im Gepäck, die für die Staatsvertragsverhandlungen wichtig sind?

des KSZE-Prozesses in seiner umfassenden Gestalt, Fragen der Abrüstung und der europäischen Sicherheit sowie der inneren und äußeren Aspekte der deutschen Vereinigung, wie sie bei den Zweiphasen-Verhandlungen anstünden.

In dieser Frage konstatierte der DDR-Premier grundsätzliche Übereinstimmung. Danach müsse „ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen aller Beteiligten am Ende der Entwicklung stehen“. Von einer „völligen Übereinstimmung“ sprach Lothar de Maizière hinsichtlich der Auffassung, daß die Gestaltung der inneren Aspekte der deutschen Einheit Sache der Deutschen selbst sei.

Der DDR-Premier verwies darauf, daß man mit der ersten Reise einer Regierungsdelegation ins Ausland bewußt ein Signal setzen wollte, um zu zeigen, wo der Schwerpunkt der Beziehungen nach wie vor liegen werde. Auf dem Gebiet der Wirtschaft würden acht Expertengruppen ihre Arbeit aufnehmen. Befürchtungen der sowjetischen Seite, daß Wirtschaftsverträge nicht eingehalten würden, fanden seitens der DDR-Delegation deutlichen Widerspruch.

(Siehe Seite 2)



Einen Weg in die deutsche Einheit an den sowjetischen Interessen vorbei gibt es nicht. Hauptthema auch im Gespräch zwischen Präsident und Premierminister - die NATO-Mitgliedschaft eines vereinten Deutschlands. Foto: ADN/Setnik

EG-Gipfel begrüßt deutsche Vereinigung

Dublin (ADN). Mit dem eindeutigen Bekenntnis zur deutschen Vereinigung endete am Sonntagabend in der irischen Hauptstadt Dublin eine außerordentliche Gipfelkonferenz der EG. Die zwölf Staats- und Regierungschefs bekundeten in einem abschließenden Dokument ihre Überzeugung, daß die Vereinigung ein positiver Faktor für die Entwicklung in ganz Europa und in der EG sein wird.

Die Teilnehmer des Gipfels betonten zugleich ihre Entschlossenheit, parallel zum Prozeß der deutschen Einigung die innere Entwicklung der EG voranzutreiben und deren äußere Beziehungen auszubauen. Sie sprachen sich für die Schaffung einer politischen Union der zwölf Mitgliedstaaten aus und beauftragten die Außenminister, bis zum regulären EG-Gipfel Ende Juni in Dublin

alle dazu vorliegenden Vorschläge aufzubereiten.

In einer Deklaration wurde betont, die gegenwärtigen Veränderungen in Europa böten die Chance, die Teilungen auf dem Kontinent zu überwinden und ein neues System von Beziehungen aufzubauen, das auf den Zielen und Prinzipien der Schlussakte von Helsinki basiert. Der Gipfel regte die Bildung eines Komitees an, das im Juli mit der Vorbereitung einer KSZE-Gipfelkonferenz beginnen soll. Als Konferenzort eines solchen KSZE-Gipfels schlugen sie Paris vor.

Die deutsche Einigung und die europäische Integration sind Bundeskanzler Kohl vor der Presse in Dublin zufolge zwei Seiten derselben Medaille. Er bringe damit auch die Meinung von DDR-Ministerpräsident de Maizière zum

Ausdruck. Die BRD setze darauf, daß der große europäische Binnenmarkt mit dem 3. Dezember 1992 geschaffen und Ende 1991 die Voraussetzungen für gesamtdeutsche Wahlen gegeben sein werden. Es sei in Dublin vereinbart worden, daß bei den Regierungsverhandlungen BRD-DDR eine umfassende Information der anderen Regierungen, aber auch der EG-Kommission stattfindet.

In einem Grundsatzdokument mit dem Titel „Die Gemeinschaft und die deutsche Vereinigung“ war die schrittweise Integration von mehr als 10,5 Millionen Bürgern der DDR in ein vereintes Deutschland und damit in die EG detailliert umrissen worden. Die Vereinigung Deutschlands in einem Dreiphasenkonzept wird als Herausforderung und zugleich als Chance für die Gemeinschaft bezeichnet.

Gregor Gysi auf Wahlkampftour in Bezirken Erfurt und Cottbus

Rote Rathäuser Gegengewicht zu Regierung

Erfurt/Cottbus (ND-Bliedner/Kröner). Unter dem Schutzdach von Großbetrieben wie dem Kalkwerk, Glück auf - größere Sicherheit für das Entstehen und Gedeihen von klein- und mittelständischen Betrieben zu schaffen, gehört zu den Zielen der PDS in Sondershausen. Sowohl der Technologie Klaus Balzer als auch Diplomingenieur Peter Distel, Spitzenkandidaten ihrer Partei, verschwiegen dabei nicht, daß das Wirken für ein leistungsfähiges Territorium ein Prozeß ist, bei dem alle viel zu lernen haben. Auf die neuen Fragen des Lebens müßten neue Antworten gefunden werden. Gregor Gysi, der sich am Sonntag auf Wahlkampftour im Bezirk Erfurt befand, erläuterte dieses Anliegen in der Sondershäuser NVA-Halle.

Auch in Nordhausen stand bürgernahe Politik im Mittelpunkt

eines Politfrühstüchchens. Engagiert setzte sich Spitzenkandidat Klaus Hummichtz für die Erweiterung des Heizkraftwerkes und für die unverzügliche Fertigstellung der zentralen Kläranlage ein. Auf die Frage einer Vertreterin des NEUEN FORUM zur Vergangenheitsbewältigung eingehend, erwiderte Gregor Gysi, daß man darüber natürlich nicht die Arbeit für die Zukunft vergessen dürfe. Es könne nicht ankommen, nur über alten Akten zu brüten, während sich andere anstrengen, unsere Betriebe zu verkaufen.

Am Sonntagabend hatte Gregor Gysi Wahlveranstaltungen im Bezirk Cottbus besucht. Stets habe es sich als sinnvoll erwiesen, einer schwarzgescheckten Regierung rote Rathäuser entgegenzusetzen, betonte er dort. Er sprach in Wilhelm-Pieck-Stadt Guben mit pol-

nischen, moçambiquischen und vietnamesischen Werkträgern des Chemiefaserwerkes und gemeinsam mit Kandidaten kommunaler Parlamente im überfüllten Kino.

Mit Proben ihres Demokratieverständnisses gegenüber einer von 1,8 Millionen Wählern legitimierte Partei versuchten konservative Kräfte die Wahlkampfveranstaltungen der PDS zu beeinflussen. In Guben beispielsweise wurde Gysi ein Plakat der DSU gereicht, das ihn aufforderte, die PDS aufzulösen. In Forst hatte der Demokratische Aufbruch ein von der Bildzeitung veröffentlichtes fingiertes Protokoll verteilt, das Gysi beschuldigte, die „MIS-Daten gemischt“ zu haben. Am Ortseingang Knappenrode ein Schild: Gysi unerwünscht. Dessen ungeachtet verliefen die Veranstaltungen sachlich und konstruktiv.

Lafontaine plädiert für ein Plebiszit zur Einheit

München (ADN). SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine hat scharfe Kritik an der Deutschlandpolitik von Bundeskanzler Helmut Kohl geübt. In einem Interview für die illustrierte „Bunte“, das er einen Tag vor dem Attentat gegeben hatte, sagte er: „Wer so tut, als sei die deutsche Einheit aus der Portokasse zu bezahlen, der betrügt die Wähler.“

Weder Kohl noch Finanzminister Theo Waigel würden ihre Behauptungen aufrechterhalten können, daß die Einheit finanzierbar ist aus Steuererhöhungen, den Einsparungen bei der „Zonenrandförderung“ und der „Berlin-Hilfe“ sowie den angeblich gegenseitigen Auswirkungen der angekündigten Senkung

der Unternehmensbesteuerung um 25 Milliarden D-Mark.

Lafontaine kritisierte die „über-eilte“ Einführung der D-Mark in der DDR und plädierte für eine Volksabstimmung vor der deutschen Vereinigung in beiden deutschen Staaten. Die BRD-Bevölkerung habe das Gefühl, sie wird gar nicht mehr gefragt, während Herr Kohl über ... zig Milliarden, die sie erwirtschaftet hat, selbstherrlich entscheide.

Bundeskanzler Kohl kann sich ein vereinigtes Deutschland nur in der NATO vorstellen, sagte er im irischen Fernsehen. Das sei eigentlich eine Selbstverständlichkeit und für die BRD eine Voraussetzung.

Alarmsignale aus Litauen

Moskau (ADN). Präsident und Regierung der UdSSR seien weiterhin der Ansicht, daß eine Regelung des Litauen-Problems im Rahmen der Verfassung der UdSSR und eines friedlichen Dialogs erreicht werden müsse. Wie Gorbatschow-Sprecher Masiennikow in Moskau erklärte, sei auch der gemeinsame Appell des französischen Präsidenten François Mitterrand und des Bundeskanzlers Helmut Kohl an die litauische Regierung, die Unabhängigkeitserklärung auszusetzen, „nicht weit vom Kurs entfernt, den die sowjetische Führung von Anfang an eingeschlagen hat“.

Litauens Präsident Vytautas Landsbergis bezeichnete die Botschaft von Kohl und Mitterrand als sehr konstruktiv. Jedoch könne von der darin vorgeschlagenen Aussetzung der Unabhängigkeitserklärung keine Rede sein. Masiennikow zufolge bestehe die sowjetische Zentral-

regierung nicht auf eine Zurücknahme der Erklärung vom 11. März.

Die wirtschaftliche Lage Litauens werde mit jedem Tag alarmierender, stellte die Gewerkschaftszeitung „Trud“ fest. Nach Angaben des Ministerrates der baltischen Republik reichten die Benzinerreserven nur bis zum 20. Mai. Die rigorose Einschränkung der Gaslieferungen habe viele Betriebe gezwungen, die Produktion nahezu einzustellen. Nach Ansicht von Wirtschafts-experten müsse schon in Kürze mit rund 35 000 Arbeitslosen in Litauen gerechnet werden. Bereits heute seien etwa 10 000 Menschen ohne Arbeit.

Die Sowjetunion hat am Sonntag die Wirtschaftsblockade geringfügig gelockert. Eine Düngemittelfabrik in Janawa soll wieder mit Erdgas beliefert werden, berichtete Radio Vilnius.



Die Wellen schlugen hoch. Auf der Havel bei Werder trafen sich Wasserski-Sportler aus beiden deutschen Staaten. Hier Ines Böttcher vom MC Kamenz beim Slalom. ND-Foto: Wolfgang Behrendt

Radsport	Handball	Fußball	Eishockey
Bert Dietz heißt der Sieger der Thüringen-Rundfahrt. Der 21-jährige Leipziger gewann das abschließende Bergzeitfahren über 7 km und jagte Falk Boden das Gelbe Trikot ab. Gesamtsprung: 5 s.	Die ASK-Frauen aus Frankfurt sind im Finale des IHF-Cups. Gegen Spartacus Budapest gelang nach dem 23:21-Auswärtssieg in heimischer Halle nach starker Leistung ein ungefährdetes 26:9.	Spannender Titelnkampf! Dresden fertigte Berlin 6:1 ab. Spitzenreiter Magdeburg büßte gegen Brandenburg einen Punkt ein. Auch der FCK liegt nach dem 2:1 gegen Bischofswerda auf Lauer.	Nun zählt es in der Finalgruppe der WM. Titelverteidiger UdSSR bezwang Schweden 3:0, und die CSFR feierte einen 3:2-Sieg über Kanada. <i>(Ausführlicher Sport auf Seiten 7 u. 8)</i>

KURZ

Treffen UdSSR-BRD

Bonn. Ein Treffen zwischen BRD-Außenminister Genscher und seinem sowjetischen Amtskollegen Schewardnadse ist nach Informationen der Tageszeitung „Die Welt“ für kommenden Freitag vorgesehen.

SEW mit neuem Namen

Berlin (West). Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins (SEW) hat sich am Sonntag in „Sozialistische Initiative“ (SI) umbenannt.

Cordoba abgewertet

Managua. Die neue Regierung Nikaraguas hat die Landeswährung Cordoba gegenüber dem US-Dollar um 23 Prozent abgewertet. Der Schritt soll zum Abbau des Handelsdefizits beitragen.

Massenentlassungen

Washington. USA-Flugzeugkonzerne kündigten nach der Bekanntheit von Kürzungen mehrerer Beschaffungsprogramme der Luftwaffe Massenentlassungen an. Davon sind in den nächsten zwei Jahren rund 10 000 Beschäftigte betroffen.

„Discovery“ gelandet

Washington. Die US-Raumfähre Discovery landete am Sonntagmorgen nach fünfjährigem Flug auf der Luftwaffenbasis Edwards. Die Besatzung hatte das erste Weltraumteleskop auf eine 610 Kilometer hohe Umlaufbahn gebracht.

Explosion auf Friedhof

Kairo. Durch die Explosion einer Butangasflasche sind in Ägypten zwölf Menschen getötet worden. Das Unglück ereignete sich während eines rituellen Mahls auf einem Friedhof im Landesüden.